Jour fixe vom 13.03.2023

Nachtrag zum JF vom 27.02.2023, Wagenknechts Abrechnung mit der „Lifestyle-Linken“ (GS 3-22)

— Es gibt in Wagenknechts eigener Partei den Vorwurf, sie würde sich ausländerfeindlich äußern und sei daher rechtsradikal. Wie argumentieren wir dagegen? Klar ist, man kann Wagenknecht, die sich selbst ja als linke *Politikerin versteht, nicht einfach entgegenhalten, sie sei eigentlich rechtsradikal.*

— Es kommt einer moralischen Beschimpfung gleich, wenn man ihr vorwirft, sie würde rechtsradikale Positionen vertreten. Wagenknecht äußert aus der Warte der politischen Betreuung ihrer Zielgruppe Verständnis für deren rassistische Gemütslage. Auf dem JF hieß es, dass sie diese radikalen Übergänge zur Ausländerfeindlichkeit nicht teilt. Aber sie teilt doch mit ihrer Klientel die Vorstellung eines gemeinschaftlichen „Wir“ in Abgrenzung zu Fremden. Diese Abgrenzung von „wir und die anderen“ hält sie sogar für eine anthropologische Prämisse des Menschseins. Das leuchtet ihr doch ein.

Wagenknecht entdeckt in der Industriearbeiterschaft, bei den kleinen Leuten, die vorbildlich gelebte Tugend einer wahren Gemeinschaft, eines idealen „Wir“. Von daher hätten Politiker den Leuten Respekt zu zollen und es verbiete sich Kritik an deren fremdenfeindlichen Übergängen. Wagenknecht propagiert diese Übergänge ja nicht selbst. Vielmehr kritisiert sie die Politik, die für zu viele Fremde im Land sorgt und damit solche Übergänge befeuert, für die Wagenknecht dann Verständnis hat.

— Inwiefern ergibt sich aus dem Verständnis *für die Ausländerfeindschaft der Arbeiterschaft das* Kritikverbot *an deren Ausländerfeindschaft? Ergibt sich für Wagenknecht nicht vielmehr das* Gebot *der Ausgrenzung der Fremden aus dem Auftrag an die Politik, die eigene Arbeiterschaft zu betreuen und eben nicht die fremde?*

Wagenknecht fordert nicht, die Politik müsse Ausländer ausgrenzen oder die seien zu verprügeln. Wenn Wagenknecht von einem natürlichem „Wir“ ausgeht, dann ergibt sich daraus eben nicht zwangsläufig die politische Forderung der Ausgrenzung. Für die rassistischen Übergänge, die die Leute machen, hat Wagenknecht Verständnis, weil sie es als ihre politische Aufgabe sieht, die kleinen Leute zu betreuen und das heißt, auf ihre Bedürfnisse einzugehen.

Vor dem Thema „Kritikverbot“ nochmal eine Klarstellung dazu, in welch verfremdender Weise Wagenknecht über die kapitalistische Klassengesellschaft redet. Sie bespricht sie als eine *Gemeinschaft*, in der es immer wieder Probleme gibt, um die die Linke sich kümmern muss, damit der soziale Zusammenhalt nicht untergraben wird. In diesem Sinne findet sie es gut, dass die von ihr betreuten kleinen Leute sich mit dieser Gemeinschaft identifizieren, sich als Deutsche fühlen und sich zu ihrer Nation bekennen. In der Sache ist es nichts naturwüchsiges, sondern staatliche Definition, wer dazugehört und wer nicht. Ihr ist es selbstverständlich, dass es auf die Dazugehörigkeit ankommt, und sie stellt sich daher kritisch zu denen, die sie als nicht zugehörig identifiziert. Andersrum verlangt sie vom Staat, dafür zu sorgen, dass die Angehörigen dieser Gemeinschaft zu dem kommen, was ihnen zusteht. Der Staat soll nicht ungerechtfertigterweise Wohltaten an Leute vergeben, die nicht dazugehören. Sie hält es für richtig, dass die Leute einen Unterschied zwischen Inländer und Ausländer machen und darauf bestehen, dass Deutschsein mit Privilegien verbunden ist, die Ausländern nicht zustehen. Das ist die Seite, wie Wagenknecht dem Nationalismus der Leute Recht gibt.

Die andere Seite ist, wie sie zu den „hässlichen Auswüchsen“ des Nationalismus steht. Es ist falsch, ihr vorzuwerfen, sie sei für rassistische Übergriffe oder sie würde es gutheißen, gegen Ausländer tätlich vorzugehen. Dass ihre Klientel solche nationalistischen Übergriffe macht, findet sie nicht gut, aber verständlich, denn der Staat kümmert sich nicht ausreichend um die Unterprivilegierten und lässt zu viele Ausländer rein. Daher fühlt sich ihre Klientel verständlicherweise unwohl und bedroht und daher kann es schon zu Übergriffen kommen. So nimmt sie ihre Klientel vor dem Vorwurf des unzulässigen

Rassismus in Schutz. So wirft sie ihrer Partei vor, ihre Klientel ungehörig und von oben herab zu kritisieren.

— Es geht nicht darum, ob Wagenknecht sich für rassistische Übergriffe ausspricht oder dagegen. Das ist für die politische Beurteilung ihrer Position doch irrelevant. Ihr völkisches Gemeinschaftsideal teilt sie doch mit Gauland und AfD. Ihr Gemeinschaftsideal unterscheidet sich von einem linken. Man kann doch linke und rechte Gemeinschaftsideale voneinander unterscheiden, auch wenn es die übliche Art und Weise ist, links und rechts moralisch zu beurteilen und zu diffamieren. Beide haben das Ideal von guter Herrschaft. Die Linken sehen dabei den Staat als Hüter der Interessen der Benachteiligten. Von da her kommt auch Wagenknecht. Sie verlässt diese Stellung aber, wenn sie die Politik von einem völkischen Gemeinschaftsideal aus kritisiert.

Sowohl Wagenknecht als auch Gauland beziehen sich zwar positiv auf die nationale Gemeinschaft und wollen die gegen außen abgrenzen. Wagenknecht geht dabei aber davon aus, dass diese schöne Gemeinschaft vor allem durch eine Politik gefährdet ist, die sich nicht um die soziale Frage kümmert und stattdessen das Solidarsystem durch zu viele Ausländer überlastet.

Sie fordert daher von ihrer Partei, sich wieder um die kleinen Leute zu kümmern und damit linke Politik zu machen. Und unterfüttert ihre Forderung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und mit anthropologischen Argumenten, diesem Ideal der völkischen Gemeinschaft. Da kämen dann alle zu ihrem Recht und der Staat mache endlich das, was ihm eigentlich zukommt: für die kleinen Leute und die gesamte Gesellschaft Verhältnisse zu schaffen, die sie voranbringen und die ihnen gerecht werden. Das ist ihr Standpunkt. Sie entwickelt sich nicht von einer linken Position zu einer rechten, sondern argumentiert für einen idealen Staat, der diese völkische Gemeinschaft zusammenhält.

Das Zitat aus Wagenknechts Buch am Ende des Artikels (S. 104):

„Mit der Auflösung dieses Wir-Gefühls und der zunehmenden Distanz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen – egal, ob durch Zuwanderung, wachsende soziale Ungleichheit, linksliberale Identitätspolitik oder eine Kombination aus allem - verschwindet daher auch die wichtigste Voraussetzung für eine Politik, die den Kapitalismus mindestens bändigen, perspektivisch vielleicht sogar überwinden könne.“

zeigt ihre Kritik an der Politik und ihren Gegenentwurf. Politik soll von der Parteinahme für die kleinen Leute ausgehen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Gemeinschaft sich als solidarisch bewährt. Sie besteht darauf, die wachsende Ungleichheit zu korrigieren, damit diese Idylle einer nationalen Gemeinschaft positiv funktioniert. Nur weil sie von einer völkischen Idylle spricht, ist sie nicht mit Gauland gleichzusetzen.

— Das ist nicht der Unterschied. Auch die AfD agitiert die ganze Zeit im Namen des kleinen Mannes. Wagenknecht kennt doch am Schluss nur noch den Dienst, den man der Gemeinschaft schuldet, und egoistische Interessen, die davon abweichen. Die findet man genauso in „Mein Kampf“ und bei Gauland.

Der Unterschied ist: die Rechten sehen an den kleinen Leuten, dass Deutschland darniederliegt. Da geht es um Deutschland und nicht um die kleinen Leute. Das Ideal Wagenknechts ist ein Staat, in dem es gerecht zugehen soll. Es soll um Fortschritt für die Leute gehen. Sie denkt nicht – wie die Nazis oder Gauland – daran, die Nation müsse sich durchsetzen und jeder müsse dafür seine Opfer bringen.

— Wenn sich die AfD auf die Unzufriedenheit der kleinen Leute bezieht, dann immer als Ausweis dafür, dass sich die Regierung am Erfolg der deutschen Nation vergeht und insofern keine Legitimität hat. Die AfD betont so – immer im Namen der kleine Leute – ihren Anspruch auf die Macht, um die Interessen Deutschlands nach innen wie nach außen alternativ *durchsetzen zu können. In diesem nationalen Standpunkt unterscheidet sie sich fundamental von Wagenknecht. Die wirft in dem Zitat ihrer Partei immerhin vor, die Bändigung, ja sogar ggf. die Überwindung des Kapitalismus zu verhindern.*

Unsere Kritik an Wagenknecht will nicht den *Unterschied* zu anderen – insbesondere rechten – Positionen durchstreichen. Von ihrem Standpunkt des Gelingens der nationalen Gemeinschaft ist die Parteinahme für die Unterprivilegierten das Allerwichtigste, denn sonst droht die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft. Im Gegensatz dazu die Rechte: die will innerhalb der Gesellschaft eine Front gegen die Elite eröffnen, weil die sich an den Interessen Deutschlands vergeht.

— Nach Wagenknechts Standpunkt soll der Nutzen der kleinen Leute in der Gemeinschaft verwirklicht werden. Im Unterschied dazu sollen bei den Rechten die kleinen Leute ihren Nutzen identisch mit und in der Stärke der Nation sehen.

Das ist der durchgängige Unterschied zwischen der linken und der rechten Position: Die Linken argumentieren vom Nutzen des Volkes aus, die Rechten vom Nutzen der Nation. Wagenknecht fordert Loyalität gegenüber der Nation, wobei diese den Auftrag hat, eine gerechte Gesellschaft zu organisieren und den Kapitalismus so zu zügeln, dass die Leute zu ihrem Recht kommen, dass Fortschritt eintritt, von dem alle profitieren.

*

— Nochmal zurück zu dem Stichwort „Kritikverbot“: Kritikverbot an der Arbeiterklasse, wie man sie von der früheren Linken wie DKP, KPD usw. kennt, hatte ihren Grund in der Betrachtung der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt, das als solches anerkannt und bestärkt werden muss, damit es seine Sache macht. Warum wird das gleichgesetzt mit dem Verständnis Wagenknechts für die nationalistischen Gefühle der kleinen Leute? Sie setzt doch darauf, dass eine gerechte Betreuung durch den Staat die Grundlage für ein gemeinschaftliches „Wir“ ist, das sie funktionalisieren will. Inwiefern ist ein Kritikverbot an den kleinen Leuten identisch damit, Verständnis für diese zu haben, um sie für den Staat zu funktionalisieren? Kritikverbot und Verständnis zu haben, sind doch zwei völlig verschiedene Dinge.

Zunächst zu Wagenknecht: Die Hauptabteilung in Wagenknechts Buch ist kein positiver Entwurf eines Programms, sondern eine Kritik an ihrer linken Partei. Sie wirft ihren linken Parteigenossen vor, die kleinen Leute als Nationalisten zu kritisieren. Sie hält es für einen großen Fehler, die Leute darin zu kritisieren, sich heimisch in der deutschen Nation, sich als Deutsche zu fühlen. Erstens verprelle man sie dadurch und zweitens sei das Ausdruck einer falschen Gesinnung, wenn sie die Leute auf diese Art und Weise erziehen wollen. Diese Linksliberalen seien nämlich unsolidarisch, nicht auf Gemeinschaftlichkeit gepolt, sondern auf individualistische Marotten. In dem Sinne spricht sich Wagenknecht für den Nationalismus der kleinen Leute aus und erteilt ihren Parteigenossen daran ein Kritikverbot.

Wagenknecht kennzeichnet die Lage ihrer Lohnarbeiter-Klientel als einen Hort der Tugendhaftigkeit. Da geht es ihr um Gemeinschaft und vor allem um Solidarität. Nach Ansicht Wagenknechts braucht die lohnarbeitende Bevölkerung nicht nur politische Betreuung, sondern sie verdient ob ihrer Tugendhaftigkeit auch den Respekt, den der Rest der Partei ihr verweigert. In diesem Sinne ist das „Kritikverbot“ gemeint. Respekt vor den Leuten zu haben, schließt den Respekt vor ihrer Geisteshaltung ein.

Im Unterschied dazu hatten die Alt-Linken eine ganz andere Kritik an dieser Gesellschaft: Sie sprachen vom Proletariat als dem revolutionären Subjekt, das man als einzig mögliche Revolutionäre nicht kritisieren darf. Wagenknecht spricht stattdessen von ‚Arbeitnehmern‘, von ‚Unterprivilegierten‘, die an ihrem Platz politisch betreut werden müssen. Sie will einen idealen Kapitalismus herbei regieren und nicht dessen Umsturz fördern. Das ist schon im Ausgangspunkt ein großer Unterschied: Während die früheren Linken die „heilige Kuh“ Arbeiter als potentielle Revolutionäre nicht antasten wollten, plädiert Wagenknecht für deren politische Betreuung und dafür, ihnen ein pädagogisches Verständnis entgegen zu bringen.

— Für die rassistischen Entgleisungen ihrer Klientel macht Wagenknecht die fehlerhafte Politik verantwortlich und nicht ein fehlerhaftes Denken der Leute. Die sind mit Fug und

Recht und verständlicherweise über die Ausländer verärgert, die die Politik ins Land lässt und damit das Bedürfnis nach einer geschlossenen Gemeinschaft nicht respektiert. Gefordert ist also keine Kritik am Rassismus ihrer Klientel, sondern ein Verständnis für ihren Ausländerhass, der eben der falschen Politik geschuldet ist.

*

Das „Manifest für Frieden“ von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht

Ist den Verfassern dieses Manifests und den Organisatoren der Demonstration ihre Opposition zugute zu halten?

— Das Manifest tritt auf gegen den Kriegskurs der eingeleiteten „Deutschen Zeitenwende“, plädiert für einen Stopp der Waffenlieferungen und ist für Verhandlungen und ein Ende des Krieges. Bemerkenswert ist die Begründung von Wagenknecht und Schwarzer: Sie belassen es nicht bei der Klage über Tausende von Opfern und Traumatisierten, sondern sie stellen die Schuld Russlands fest und bekennen sich zur Solidarität mit der Ukraine. Das ist der Ausgangspunkt für ihre kritische Frage, ob Deutschlands Krieg gegen Russland die richtige Form der Solidarität ist. Sie begründen ihre Gegnerschaft gegen Krieg also von dem Standpunkt Deutschlands aus und wie Deutschland darin vorkommt.

Erstmal ist bemerkenswert, dass Wagenknecht das Geschehen in der Ukraine als *Krieg* bezeichnet, in dem Staaten sich gegenseitig niederringen wollen. Diese Sichtweise ist keine Selbstverständlichkeit. Die deutsche Öffentlichkeit macht die Unterscheidung zwischen einem Angriffskrieg auf der einen Seite (in dem Russland nicht nur die Ukraine besiegen will) und einer bloßen Verteidigung auf der Seite der Ukraine, die daher von Deutschland in ihrer Gegenwehr unterstützt werden muss. Das Manifest für Frieden spricht jedoch explizit von einem Krieg, in dem ein Gegensatz gewaltsam ausgetragen wird. Als Beweis für diese Sichtweise deuten die Verfasserinnen auf die *überzogenen* Vorhaben Selenskyjs, Russland besiegen zu wollen, die *kriegerische* Aussage Baerbocks, die Russland in die Knie zwingen will, sowie das *unverantwortliche* Umstoßen roter Linien durch den deutschen Kanzler. Die Frage nach den Zwecken der benannten Akteure des Krieges ist damit für sie schon beantwortet und sie verfolgen sie daher auch nicht weiter. *Begründen* tun sie ihre Kritik an diesem Krieg mit den furchtbaren schon stattgefundenen, den weiterhin stattfindenden und künftigen Folgen dieses Krieges, sowie der damit real werdenden Gefahr eines 3. Weltkriegs.

— Das Manifest konstatiert das Antreten von Staaten gegeneinander in einem schrecklichen Krieg mit vielen Toten und Kriegsgräueln und appelliert an die Betreiber dieses Krieges, doch Frieden zu schließen, sich zu vertragen. Angesichts eines Krieges darauf zu pochen, man möge sich wieder vertragen, hat was Naives. Die Gründe dafür, warum diese Staaten gegeneinander antreten, kommen gar nicht vor. Stattdessen kommt das Manifest auf die Verantwortung des Staates zu sprechen, der so etwas Schreckliches gar nicht wollen kann.

— Das Manifest spricht sich nicht einfach nur wegen der vielen Toten für das Ende des Krieges aus. Es wird die Sicht Deutschlands eingenommen und die Frage aufgeworfen, wie z.B. die deutsche Solidarität aussehen sollte.

Die Frage nach der richtigen deutschen Solidarität wird aber nicht weiter verfolgt. Es wird festgestellt, dass ein furchtbarer Krieg mit vielen Opfern geführt wird, der nichts bringt außer einem noch größeren Krieg, womöglich einen Weltkrieg, was keiner wollen kann. Deshalb appelliert das Manifest an die deutsche Regierung und deren Verantwortung, sie solle sich für Frieden einsetzen – wohl wissend, dass die deutsche Regierung das gar nicht vorhat.

— Das ist der grundlegende Widerspruch an diesem Manifest: Es stellt fest, dass Deutschland einen Krieg gegen Russland unterstützt, um gleichzeitig *den Bundeskanzler aufzufordern, die Waffen niederzulegen und sich für Friedensverhandlungen einzusetzen.*

Dieses Widersprüchliche ist nicht einfach eine naive Vorstellung. Es werden ja über die vielen Opfer hinaus Argumente dafür ins Feld geführt, warum der Krieg beendet und eine Friedensverhandlung geführt werden muss: Die Ukraine *könne* diesen Krieg gegen Russland nicht gewinnen, weshalb sie gleich in Verhandlungen einsteigen solle. Die deutschen Politiker *könnten* diesen Krieg wegen der Eskalationsgefahr nicht wollen und der deutsche Bundeskanzler wird an seine eigentliche Pflicht erinnert, das deutsche Volk zu schützen.

— Ist nicht der Ausgangspunkt des Manifestes, dass auf die besondere Verantwortung Deutschlands hinsichtlich der Beendigung des Krieges verwiesen wird? Die Autoren argumentieren doch damit, dass sowohl Selenskyj, der den Krieg gegen Russland gewinnen will, als auch Russland, das mit einem atomaren Gegenschlag droht, als auch die Europäer, die diesen Krieg mit Waffenlieferungen befeuern, diesen Krieg nicht *beenden werden. Weil man sich sowohl auf die Russen als auch auf die USA nicht verlassen kann, fordern sie die besonderen Verantwortung Deutschlands ein. Ihr Blick auf diesen Krieg erfolgt von vorneherein aus der Sicht der deutschen Verantwortung. Dafür erinnern sie an die Pflicht des Kanzlers, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.*

— Im Manifest wird darauf gedeutet, wie verantwortungslos Bearbock agiert, wie der Kanzler mit der Überschreitung roter Linien nicht mehr glaubwürdig ist und er seiner Verantwortung für das deutsche Volk nicht gerecht wird. Dagegen wird vom Kanzler als verantwortungsvolle, volksdienliche Politik gefordert, sich für den Frieden einzusetzen. Das ist das Affirmative an dem Aufruf, der davon ausgeht, es läge in der Verantwortung der Politik, dem Volk zu dienen – in dem Fall sich für den Frieden einzusetzen.

Im Manifest wird der Krieg auf die übliche billige Art kritisiert. Einerseits betonen die Autorinnen, dass es im Krieg um das Niederringen des gegnerischen Staates geht. Sie wissen, dass Staaten mit Krieg ihre jeweiligen Interessen gegeneinander verfolgen. Sie wenden sich aber gegen „Krieg“ als das Mittel, das die Staaten einsetzen, und führen Argumente gegen den Einsatz dieses Mittels an: Da gibt es viele Opfer, der Krieg kann nicht gewonnen werden, ggf. wird es sogar noch schlimmer, wenn er zu einem 3. Weltkrieg führt. Man sieht also, der Krieg bringt nichts, außer Leid, von dem auch „Wir“ betroffen sein können. Jeder moralisch denkende Mensch muss folglich gegen diesen furchtbaren Krieg und für Frieden sein. Da sollte man ihn doch besser sofort beenden und in Friedensverhandlungen eintreten. Mit diesem Anliegen wenden sie sich an die eigene Regierung – Amerika und Russland sind da keine erfolgsversprechenden Adressen – und ermahnen sie, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

— Unsere Kritik an dem Manifest ist, dass die Autorinnen einerseits die Kriegsbeteiligten kennen, die dezidiert und aktiv diesen Krieg als ihr Instrument für ihre politischen Zwecke führen, und gleichzeitig wollen sie sich mit denen gar nicht beschäftigen und auseinandersetzen, sondern halten nur Kriegsgräuel fest als Grund, warum man gegen diesen Krieg sein soll. Von diesem Ausgangspunkt aus wenden sie sich mit dem Pathos – das ist alles so furchtbar schlimm, das könnt ihr doch nicht wollen – an die Akteure dieses Krieges mit dem Appell, endlich Frieden zu schließen.

Das ist nicht nur der Appell, endlich Frieden zu schließen. Er beinhaltet ein Urteil über die kriegführenden Subjekte und eine Kritik an ihnen, sie führten einen Krieg, der nichts bringe, nicht gewonnen werden könne, der in seiner Eskalation nur zum Äußersten führe. Das könne doch der Bundeskanzler gar nicht wollen und sei deswegen prädestiniert, endlich Verhandlungen anzustoßen.

— Sie werfen der deutschen Regierung vor, keine volksfreundliche Politik zu betreiben. Der Kanzler müsse pflichtgemäß eigentlich für Frieden sorgen, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wogegen es falsche Politik sei, die Gefahr eines 3. Weltkrieges einzugehen. Mit den verfolgten politischen Zwecken beschäftigen sie sich nicht, sondern tragen ihr Politikideal den Machern der Politik vor.

— Der von den Kriegsparteien und den Nato-Staaten praktizierte Standpunkt ist gerade nicht, Leid vom Volk abzuwenden. Es geht genau andersherum um die Schwächung des Feindes und dessen zweckmäßige *Zerstörung. Zu den Kriegszwecken stellen sich die Verfasserinnen des Manifestes ignorant, sie betrachten bloß dessen Wirkung – schrecklich viele Opfer – ja, was denn sonst! – und sagen, das könne die eigene Regierung eigentlich nicht wollen. Das ist von dem moralischen und idealistischen Standpunkt, die Regierung hätte Leid vom deutschen Volk abzuwenden, nur konsequent.*

— Wenn die Autorinnen so mit dem Leid, das „uns alle" treffen könnte, gegen den Krieg agitieren, unterstellen sie, dass der brave Staatsbürger normalerweise nicht gegen den Krieg ist.

Das ist kontrafaktisch: Mit ihrem einen Aufruf zu einer Demo, in dem sie mit dem entsetzlichen Leid eines Krieges argumentieren, wenden sich Schwarzer und Wagenknecht gerade an die Leute, die gegen das Weiterführen dieses Krieges sind.

— Das Besondere ist hier, dass dieser Krieg ein Stellvertreterkrieg ist. Der Standpunkt von Wagenknecht und Schwarzer ist, dass der Krieg nicht gewinnbar sei, aber die Gefahr in sich berge, sich wegen der aggressiven Russen zu einem Atomkrieg auszuweiten. Deswegen sei mittelfristig potenziell auch das deutsche Volk tangiert, was man dem eigenen Volk drastisch vor Augen führen müsse. Das ist zwar eine Lüge, denn für die Kosten dieses Krieges, dieser Zeitenwende wird natürlich das deutsche Volk in Anspruch genommen, aber eben nicht als unmittelbar Kriegsbeteiligte. Aber dieser Wink, es könnte auch die Deutschen treffen, ist erstens fällig, und zweitens schäbig, weil er unterstellt, das könne die deutsche Regierung nicht riskieren wollen. Wegen dieses Urvertrauens in ihre Regierung kommen sie darauf, diese müsse sich über den Konflikt stellen, als Friedensvermittler agieren und in Friedensverhandlungen eintreten, damit dieser Schaden von dem deutschen Volk abgewendet wird.

— Wagenknecht und Schwarzer berufen sich darauf, dass es im Volk auch eine Parteinahme gibt für diesen Krieg, die ist aber nicht ihr Thema. Dass der Krieg von der Politik als Stellvertreterkrieg geführt wird, erleichtert die Distanzierung davon, weil man selber von dem Leid nicht betroffen ist. Eine Diskrepanz ist, dass man als Friedensinitiative mit dem Leid argumentiert, aber nicht mit dem Zweck, warum er geführt wird.

— Wenn man mit dem Leid, mit Opfern, Grauen, Vergewaltigung usw. argumentiert, will man die Betroffenheit der Leute erzeugen über das Schreckliche, das im Krieg passiert. Jeder soll sich auf den Standpunkt stellen, das könne doch keiner wollen und das müsse man beenden. Mit Berufung auf die interne Diskussion der Militärs argumentieren Schwarzer und Wagenknecht, die Politik unterstütze im Moment mit Waffen einen Krieg, der überhaupt nicht erfolgreich geführt werden könne. So komme das Leid mit Gewissheit nicht aus der Welt. Deshalb fordern sie Scholz zu einer anderen Politik in der Zeitenwende auf, mit der er Selenskyj und Putin an den Verhandlungstisch bringen und so das Leid aus der Welt schaffen solle.

Die politische Parteinahme im Volk für diesen Krieg, die Wagenknecht und Schwarzer auch mitkriegen, nehmen sie aber nicht als eine für den Krieg gegen Russland, sondern als Parteinahme für die geschundene Ukraine. Und sie stellen sich selbst hinter diese offizielle und von jedermann eingeforderte Sichtweise, dass Russland der brutale Aggressor sei und man deswegen die Ukraine unterstützen und mit ihr solidarisch sein müsse, ziehen aber einen anderen Schluss daraus.

— Gegen die Parteinahme von Strack-Zimmermann und Göring-Eckhart, dass wegen des brutalen Vorgehens der Russen, der Vergewaltigungen usw. Panzer geliefert werden müssten, argumentiert Wagenknecht, dass Vergewaltigungen in jedem Krieg stattfänden. Das zu sagen und gleichzeitig die Parteinahme für die Ukraine aller Kriegskritik vorauszuschicken ist doch Heuchelei?

Das ist keine Heuchelei, sondern diesen Widerspruch leisten sie sich: Man müsse solidarisch sein mit der Ukraine und zugleich – deswegen werden sie ja angefeindet – bemerken sie, dass der Krieg von beiden Seiten geführt wird. Dazu sagen sie: Diesen Krieg könne aber doch niemand wollen.

— Bei der Schlichtheit dieses Antikriegsdenkens ist das für sie gar kein Widerspruch, weil sie als Kriegsgegner mit dem einzigen *Argument der Betroffenheit gegen die Opfer sind – daher kommt auch diese Zuspitzung bei den Argumenten. Um die Leute zu überzeugen, müsse man ihnen klarmachen, dass sie von diesem Krieg betroffen sein werden, auch wenn sie es bisher noch nicht sind.*

— Wenn Wagenknecht und Schwarzer zugute gehalten wird, sie seien keine Kriegstreiber, ist doch festzuhalten, wie sie das Leid des Kriegs anklagen. So schlicht, wie sie das tun, bemerken sie gar nicht, dass sie Krieg gleichzeitig als Mittel des Staats unterstellen, wenn sie Partei nehmen dafür, dass ein angegriffener Staat sich verteidigen muss. Genauso wie ein Mensch zurückschlägt, dem eine Waffe an die Schläfe gehalten wird. Aus dieser Gleichsetzung resultiert das positive Urteil.

— Im offenen Brief an den Bundeskanzler vom 29.04.2022 haben die Unterzeichner noch damit argumentiert, „dass es eine prinzipielle polit-moralische Pflicht gibt, vor aggressiver Gewalt nicht ohne Gegenwehr zurückzuweichen".

Diesen Standpunkt haben Wagenknecht und Schwarzer fortentwickelt. Ein Jahr später ziehen sie im Manifest den Schluss, dass es nicht nur Gegenwehr ist, sondern ein Krieg, in dem die beiden westlichen Akteure ihre Ziele gegen Russland verfolgen. Als Beleg zitieren sie die Aussage Baerbocks, „wir" führen einen „Krieg gegen Russland", und Selenskyj, der Russland niederringen will. Dagegen sind sie und dagegen richten sich ihre moralischen Argumente.

In dem Manifest differenzieren sie zwischen Bevölkerung und Selenskyj und sagen: „die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität" und worin die ihrer Meinung nach besteht. Die Fortsetzung der Politik, die Ukraine braucht Waffenlieferungen, weil sie als souveräner Staat bestehen muss, machen sie nicht mit.

Dass das Manifest ein Plädoyer für den sofortigen Stopp des Kriegs, für Waffenstillstand, für Aufnahme von Friedensverhandlungen und die Notwendigkeit eines Kompromisses ist, wird den Herausgeberinnen zugute gehalten. Es geht darum zu bestimmen, *was* Wagenknecht und Schwarzer propagieren und *wofür* sie eintreten.

— Wagenknecht und Schwarzer sind kritisch, aber in einem moralischen Sinn. Sie argumentieren mit Betroffenheit, mit Opfern, mit Leid, das alles ver*urteilen sie, wenn sie sagen, sie sind für Frieden. Aber sie* be*urteilen nicht die Zwecke der Herrschenden, nicht wie die exekutiert werden, nicht wie und wer davon betroffen ist. Verurteilung ist keine Kritik. Beurteilung eines Sachverhalts unterstellt eine distanzierte Stellung zu den Parteien. Dieser Unterschied ist zu machen.*

*

— Zu besprechen ist noch die denunziatorische Stellung der Öffentlichkeit zum Manifest. Da heißt es: wer im Namen von Opfern gegen den Krieg agitiert und demonstriert, entlarvt sich als 5. Kolonne Putins. Und wer für Verhandlungen eintritt, dem sind Opfer gleichgültig. Mit ihrer moralischen Empörung entspricht die aufgebrachte Öffentlichkeit dem Standpunkt der Politik: Verhandlungen darf es niemals mit der Waffe an der Schläfe geben (Scholz), also erst, wenn Putin kapituliert. Bis dahin muss die Ukraine unterstützt werden. Das ist die alternativlose, einzig richtige Stellung.

Die Öffentlichkeit würde nie und nimmer unterschreiben, dass dies ein Krieg zwischen *zwei* Seiten ist. Für die führen die Russen einen Angriffskrieg, die Ukraine wehrt sich nur und braucht Unterstützung, genannt Nothilfe. Insofern ist es schon ein Verbrechen zu sagen, von *beiden* Seiten wird Gewalt angewendet, werden Opfer geschaffen. Die Opfer

sind immer die des Angreifers, alles andere ist Resultat des notwendigen Wehrens. Der Vorwurf ist, im Manifest wird dieser Unterschied nicht gemacht, es stellt vielmehr beide Seiten auf eine Ebene. Das geht nicht! Das ist Parteinahme für Russland!

— *Parteinahme und Solidarität mit der Ukraine, der sich auch Wagenknecht und Schwarzer verpflichtet sehen, ist nach dem Urteil ihrer Kritiker nicht mit deren Überparteilichkeit des Pazifismus vereinbar, die sie mit dem Stichwort „Krieg" einführen. Es sind diese Momente des überparteilichen Pazifismus, mit denen sie, trotz aller Zugeständnisse, die sie machen, gegen die offizielle Kriegsmoral verstoßen. Auf letztere sollen Wagenknecht und Schwarzer festgenagelt werden. Ihre Kritiker sagen, ihre Solidarität mit der Ukraine ist unglaubwürdig, wenn sie die Konsequenzen der angesagten Parteilichkeit für die Ukraine – Eskalation und immer mehr Waffen – nicht mittragen. So werden die beiden von der Öffentlichkeit und der Politik fertig gemacht. Brutal sind die Zurückweisungen seitens der* Regierung*, wenn es heißt, was ihr als Frieden fordert, ist gar kein* wahrer *Frieden, nur eine Chimäre von Frieden, ein Diktatfrieden, nichts anderes als Unterwerfung. Damit stellen sie klar, unter welchen Bedingungen der Westen, die deutsche Politik mit ihrem Beitrag zu den Waffenlieferungen und der Eskalation, bereit sind Frieden zu geben, was für sie überhaupt eine Friedensoption ist bzw. was für sie der wahre Frieden ist. Was Wagenknecht und Schwarzer Frieden nennen sei gar keiner. Denn sie, die Herrschenden, als die politischen Entscheidungsträger definieren, was Frieden ist, und wann sie bereit sind, Frieden zu geben in diesem Krieg.*

Mit dieser Klarstellung drücken sie zugleich ihre absolute moralische Überlegenheit aus und sprechen Wagenknecht und Schwarzer die moralische Integrität ab. Weil die sich gegen Gewalt, gegen Krieg aussprechen, vergehen sie sich gegen das, was eigentlich moralisch ist, nämlich ein Plädoyer für *gerechte* Gewalt. Weil sie sich mit dem Manifest davon distanzieren, dass dieser Krieg eine moralische Verpflichtung ist, für den Opfer zu bringen dann eine Notwendigkeit beinhaltet.

— *Aus der moralischen Verpflichtung zu diesem Krieg sieht sich die Politik auch dazu berechtigt, die neue europäische Friedensordnung festzulegen. Sie nennt die Bedingung für Friedensverhandlungen, die einschließt, dass die Ukraine nicht kapituliert, dass sie ein Recht auf souveräne Selbstbestimmung hat. Einen Diktatfrieden lässt man sich von den Russen nicht aufhalsen. Mit diesem Standpunkt konfrontieren sie Wagenknecht und Schwarzer, weisen deren Friedensmoral als unrealistisch zurück. Bis hin zu dem Vorwurf, dass sie mit ihrer Kritik eigentlich die Ukraine schwächen und Putin dazu verhelfen, im Krieg erfolgreicher zu sein als er wäre, wenn die Demo nicht stattgefunden hätte. Das Hauptargument gegen Wagenknecht und Schwarzer ist, wenn sie es zulassen, dass die AfD auf der Demo mitmarschiert, ist alles gesagt über den Inhalt ihrer Demo, weil es sich von selbst versteht, dass man mit der AfD nicht koaliert.*

— *Dieses Argument ist der moralische Totschläger. Die Hetze hat verschiedene Eskalationsstufen. Die eine ist die Zurückweisung der Forderung mit dem Argument, die Lageeinschätzung wäre naiv, unrealistisch, Putin werde unterschätzt. Das wird eskaliert bis hin zu dem Vorwurf, Wagenknecht und Schwarzer betätigten sich als die 5. Kolonne Putins, die Demo sei ein Einfallstor für russische Propaganda. Die endgültige Diffamierung ist der Verweis auf die AfD. Wenn die Öffentlichkeit den „Querfront"-Vorwurf aufmacht, trifft das gleich zwei politische Lager, die gegen den Konsens der Politik verstoßen. Wenn die zusammen gegen den Krieg demonstrieren, quasi in einer gemeinsamen Strategie, sind sie eine Gefahr für die Demokratie.*

Zu den Eskalationsstufen gehört auch, was bereits als moralische Auf- und Klarstellung besprochen wurde: Sich gegen den Krieg aufzustellen, ist kein ehrenwertes Anliegen. Pazifismus ist kein hoher Wert mehr. Wer für Frieden im Sinne von „kein Krieg, keine Gewalt" eintritt, versagt moralisch. Moralisch geboten ist, auf der richtigen Seite des Kriegs zu stehen, sich für gerechte Gewalt auszusprechen, und die erfordert Einsatz für die Opfer auf der richtigen Seite.

— Mit dieser Klarstellung, dass sich Pazifismus nicht mehr gehört, dass Menschlichkeit gerechte Gegengewalt, gerechten Krieg gebietet, wurde die Friedensbewegung und ihre Ostermärsche schon zu Beginn des Kriegs abgefertigt. Wagenknecht und Schwarzer sind als Friedensbewegte gereift. Sie bekennen sich im Manifest zum herrschenden Feindbild und zur Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung. Sie lassen es sich aber nicht nehmen, aus der Solidarität eine andere Konsequenz zu fordern, nämlich auf Verhandlungen zu drängen.

— Um die richtige Moral wird in allen Talkshows gestritten. Da tritt z.B. Strack-Zimmermann in moralische Konkurrenz zu Wagenknecht mit dem Standpunkt auf, Moral ist nur berechtigt, wenn das Gute verteidigt und mit Waffenlieferungen unterstützt wird. Das sei richtig verstandene Friedensliebe und korrekter Pazifismus. Wagenknecht argumentiert dagegen, dass sich die vermeintliche Auseinandersetzung – zwischen Aggressor und der bloßen guten Verteidigung – moralisch nicht entscheiden lässt. Daher muss es Verhandlungen geben.

*

Der nächste Termin findet am **27. März 2023** statt. Das Thema wird auf der Seite des Gegenstandpunkt-Verlags bekannt gegeben.